



Die Vorsitzende des  
Ausschusses für Frauenangelegenheiten  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)  
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3314  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Angelika Paa

Wiesbaden, 20.06.2013

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Frauenangelegenheiten
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Frauenangelegenheiten  
am Dienstag, 25. Juni 2013, um 17:00 Uhr,  
Berufswege für Frauen; Neugasse 26 65183 Wiesbaden- Seminarraum 2.  
Stock (bitte bei "Anmeldung" klingeln)

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung 1

1. Genehmigung der Niederschrift vom 14.05.2013
2. **13-A-14-0003**  
"Berufswege für Frauen" stellt sich aktuell vor.

**3. 13-F-03-0074**

Frauen- und Mädchenfußball

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 11. Juni 2013

Auch in Wiesbaden ist der Frauen- und Mädchenfußball auf dem Vormarsch. Dabei ist ein Zulauf von Mädchen mit Migrationshintergrund zu beobachten. Insbesondere die Nachwuchsförderung ist ein wichtiges Anliegen, das größtmöglicher Unterstützung bedarf.

Der Ausschuss möge beschließen:

Es werden Vertreter/innen des Wiesbadener Frauen- und Mädchenfußballs (z.B. Rainer Wagner) zu einer der kommenden Ausschusssitzungen eingeladen, um zur Situation des Frauen- und Mädchenfußball zu berichten.

Der Ausschuss regt an:

1. Kontakte mit türkischen Frauen- und Mädchenfußballvereinen zu knüpfen, bzw. auszubauen.
2. Einen türkischen Frauen- und Mädchenfußballverein zu einem Freundschaftsspiel unter der Schirmherrschaft der Landeshauptstadt Wiesbaden einzuladen.

**4. 13-V-33-0001**

**DL 26/13-2**

Integrationsbericht 2012

**5. 13-F-03-0082**

Integrationsbericht

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 19. Juni 2013

Der Integrationsbericht 2012 (SV 13-V-33-0001) ist am 18.06.2013 in den Magistrat eingebracht worden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

Zu den Punkten, die Frauen- und Mädchen besonders betreffen, im Ausschuss zu berichten.

**6. 13-F-08-0055**

Stillfreundliches Wiesbaden

Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 19. Juni 2013

Der Runde Tisch Frauengesundheit hat sich in seiner Sitzung am 18. Juni 2013 ausführlich mit dem Thema „Stillfreundliches Wiesbaden“ beschäftigt und plant sich an der Weltstillwoche vom 30.09. - 6.10.2013 zu beteiligen. Außerdem wird beabsichtigt einen Flyer/eine Handy-App zu erstellen, auf der Orte dargestellt werden sollen, an denen stillende Mütter willkommen sind. Der Runde Tisch hat seine Hoffnung ausgedrückt, dass diese Initiative durch die Politik unterstützt wird.

Mit Beschluss des Gesundheitsausschuss vom 1.11.2005 wurde der Magistrat gebeten in der Öffentlichkeit für mehr Akzeptanz des öffentlichen Stillens zu werben, wozu der Leiter des Gesundheitsamtes Vorschläge unterbreitet hat. Unter anderem sollten IHK und Gaststättenverband angeschrieben werden, um für das Anliegen zu werben. Ehemalige Mitglieder des Ausschusses für Frauenangelegenheiten erinnern sich, dass seinerzeit auch seitens der HSK im Ausschuss Initiativen angekündigt worden waren.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

1. zu berichten,
  - was sich aus dem damaligen Beschluss ergeben hat
  - was aus der Initiative der Dr. Horst-Schmidt-Kliniken geworden ist
2. zu prüfen, inwiefern der Runde Tisch für Frauengesundheit bei seiner Initiative unterstützt werden kann (z.B. durch kostenlose Bereitstellung von Kartenmaterial durch die Landeshauptstadt Wiesbaden für die Erstellung eines Flyers/einer Handy-App oder die Finanzierung des Druckmaterials).

## 7. 13-F-33-0059

Adoptionsfreigabe

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 19. Juni 2013

Ungewollte Kinderlosigkeit ist in Deutschland ein zunehmendes, Paare schwer belastendes Problem. Die Zahl der Adoptionsbewerber ist hoch, viele sehen die Chance auf ein Kind nur noch über den Weg der Auslandsadoption gegeben. In Deutschland bemühen sich die Behörden zum Wohle des Kindes sehr darum, in jedem Einzelfall die Bindung zwischen der leiblichen Mutter und ihrem Kind zu erhalten und ein Zusammenbleiben der beiden zu ermöglichen. Es ist gesellschaftlich ein großes Tabu, sein Kind zur Adoption freizugeben. Frauen, die sich für diesen Weg entscheiden, haben gewöhnlich mit mehr Vorurteilen zu kämpfen als Frauen, die ihre Kinder abtreiben. Und dies trotz der heute möglichen und üblichen offenen Formen der Adoption.

Angesichts des intensiven Kontaktes der Jugendämter zu Eltern, deren Kinder in Pflegefamilien betreut werden, scheinen Mütter komplett aus dem Blickfeld zu verschwinden, sobald deren Kind rechtskräftig adoptiert wurde. Mit dem traumatischen Verlust ihres Kindes, auch wenn dieser selbst gewählt ist, müssen sie meist alleine klar kommen.

*Der Ausschuss möge beschließen:*

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. Wie sieht die Betreuung von Müttern in einem Adoptionsverfahren selbst aus, und wie nach Abschluss des Verfahrens?
2. Gibt es Beratungsangebote für Frauen nach erfolgter Adoptionsfreigabe und / oder hat der Magistrat einen Bedarf nach solchen Angeboten in der Vergangenheit festgestellt?
3. Werden Frauen, die Schwangerenkonfliktberatungsstellen aufsuchen, auf die Möglichkeiten der Adoptionsfreigabe als Alternative zum Abbruch der Schwangerschaft hingewiesen?

## 8. 13-V-11-2002

DL 19/13-2

Bericht 2006 bis 2011 zum dritten Frauenförderplan

**9. 12-F-33-0060**

„Anonymisierte Bewerbungsverfahren“

Beschluss des Ausschusses für Frauenangelegenheiten Nr. 0081 vom 13.11.2012

Die Beratungsunterlagen wurden bereits mit der Tagesordnung der letzten Sitzung (14.05.2013) verteilt.

**10. 12-F-33-0129**

„Frauen im Erwerbsleben“

Beschluss des Ausschusses für Frauenangelegenheiten Nr. 0084 vom 13.11.2012

Die Beratungsunterlagen wurden bereits mit der Tagesordnung der letzten Sitzung (14.05.2013) verteilt.

**11. Aktuelles aus dem kommunalen Frauenreferat**

**12. Verschiedenes**

## **Tagesordnung 2**

**13-V-20-0027**

**DL 16/13-2**

Investitionscontrolling 1 Quartal 2013

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Schuchalter-Eicke  
Vorsitzende